

Ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion ist zwingend erforderlich.“ So steht es im Grundsatzprogramm der AfD. Auf dieses Ziel der AfD angesprochen, problematisiert der wirtschaftspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion die sogenannte Target-Forderung der Deutschen Bundesbank an die Europäische Zentralbank (EZB) von rund einer Billion Euro. Er führt aus, wenn mit Italien „ein größeres Problem“ auf uns zukäme, „wären wir sozusagen blank. Eine Billion von Forderungen wären uneinbringlich, die EZB müsste sich rekapitalisieren, die wäre ja komplett überschuldet, das müsste dann wieder der Steuerzahler bewerkstelligen“. (FAZ-Podcast für Deutschland, 4. Januar 2024.) Unabhängig davon, dass unklar ist,

Der Irrweg der AfD

Die Partei will raus aus dem Euro. Die Forderung basiert auf falschen Behauptungen.



ULRIKE NEYER

was genau mit „größeres Problem“ gemeint ist, ist alles in dem Zitat falsch. Relevant mit Bezug auf Italien ist nicht die Target-Forderung der Bundesbank, sondern die Target-Verbindlichkeit der italienischen Zentralbank. Sie schuldet der EZB rund 500 Milliarden Euro. Solange Italien im Euroraum ist, besteht kein Risiko, dass die EZB auch nur einen Euro verliert. Nur wenn Italien aus dem Euro ausscheiden würde, könnte (!) die EZB die 500 Milliarden Euro verlieren. Dieser Verlust könnte dann auf die Zentralbanken der übrigen Euroländer aufgeteilt werden. Auf die Bundesbank könnten dann rund 150 Milliarden Euro entfallen (nicht eine Billion). Auch wenn dies insgesamt zu einem Verlust bei der Bundesbank führen würde, ist es keineswegs zwin-

gend, dass der Steuerzahler einspringen muss. Also: Wenn Italien „ein größeres Problem“ werden würde, wären wir wegen der Target-Forderung der Bundesbank weder blank, noch wäre diese Forderung uneinbringlich, noch müsste die EZB rekapitalisiert werden, noch wäre die EZB komplett überschuldet, noch müsste der Steuerzahler „das“ wieder bewerkstelligen. Wenn eine politische Verantwortung tragende Partei basierend auf falschen, Ängste schürenden Behauptungen Deutschland aus dem Euro führen will, ist das problematisch.

Unsere Autorin ist Professorin für monetäre Makroökonomik an der Universität Düsseldorf. Sie wechselt sich hier mit dem Wettbewerbsökonom Justus Haucap und dem Vermögensexperten Karsten Tripp ab.